

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - RWB/039(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	Donnerstag,  22.05.2008	Altes Rathaus, Hansesaal, Alter Markt 6, Magdeburg	17:00Uhr	20:05Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Kommunalen Finanzierungsausgleich (KFA) an den  
Verwaltungskosten der Jobcenter ARGE Magdeburg GmbH  
Vorlage: DS0054/08
- 5 Anträge

- 5.1 Konsularische Beziehungen intensivieren und ausbauen  
Vorlage: A0075/08
- 5.1.1 Konsularische Beziehungen intensivieren und ausbauen  
Vorlage: S0114/08
- 6 Informationen
- 6.1 "Kooperatives Jobcenter"  
Vorlage: I0111/08
- 6.2 Änderungsantrag DS0400/07/2 - Entlastungsstraße Buckau  
Vorlage: I0110/08
- 6.3 Wirtschaftspolitische Leitlinien  
Vorlage: I0122/08
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Carsten Klein

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Michael Stage

Stadtrat Alfred Westphal

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Daniel Kraatz

**Vertreter**

Stadtrat Johannes Rink

**Geschäftsführung**

Herr Norbert Haseler

**Verwaltung**

Herr Frank Fahlke

Beigeordneter Dr. Klaus Puchta  
Pers. Referent des Oberbürgermeisters  
Christian Ruddies

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hubert Salzborn  
Stadtrat Klaus Heinemann  
Stadtrat Frank Schuster

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundige Einwohnerin Kornelia Keune  
Sachkundiger Einwohner Thomas Waldheim

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Um 17.00 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Stadtrat Dr. Zimmer die fünfte Sitzung des RWB-Ausschusses im Jahre 2008.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde.

An der Sitzung nehmen 5 stimmberechtigte Stadträte, 2 beratende Stadträte und 1 sachkundiger Einwohner teil. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer bedankte sich bei seinen Stellvertretern ausdrücklich für die Übernahmen des Vorsitzes während seiner langen Krankheitszeit.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es den Hinweis von Herrn Stadtrat Klein, dass die Festlegungen aus der letzten Sitzung (die auch in der Niederschrift festgehalten sind) zur Sondernutzungsgebührensatzung nicht auf der Tagesordnung stehen. Die bereits seit zwei Sitzungen gewünschten Aussagen liegen heute wieder nicht vor. Unter dem Punkt 7 Verschiedenes werden hierzu noch weitere Aussagen folgen.

Die vorliegende Tagesordnung wurde ohne weitere Zusätze und Bemerkungen einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom

---

Von Herrn Kraatz gab es den Hinweis, dass seine Aussage unter TOP 5.4 „Magdeburg Modellstadt erneuerbare Energie“ zur Hochschule nicht richtig dargestellt ist. Nur ein Fachbereich sollte ausgebaut oder gefördert werden, andernfalls sollte an der Uni eine doppelte bzw. gleiche Ausrichtung im Bereich regenerativer Energien vermieden werden. Die Aussage wird entsprechend geändert in der Niederschrift.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer stellt fest, dass es keine weiteren Hinweise zur Niederschrift der Sitzung vom 24.04.2008 gibt.

Ja: 3    Nein: 0    Enthaltungen: 2

Die Niederschrift der Sitzung vom 24.04.2008 wird mit dem gemachten Hinweis bestätigt.

#### 4.            Beschlussvorlagen

---

##### 4.1.            Kommunalen Finanzierungsausgleich (KFA) an den Verwaltungskosten der Jobcenter ARGE Magdeburg GmbH Vorlage: DS0054/08

---

Herr Fahlke vom Amt 50 stellte sehr umfangreich und ausführlich die vorliegende Drucksache vor.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Stadtverwaltung unter Abwägung der Umstände und in Anbetracht der faktischen Situation zu dem Ergebnis kommt, dass schließlich für 2008 eine kommunale Mitfinanzierung an den Verwaltungskosten der ARGE unter 12,6% nicht durchzusetzen ist. Unter Beachtung auch des im Dezember 2007 getroffenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungswidrigkeit der ARGE'n scheinen langwierige Rechtsstreits und Diskussionen, in denen letztlich der klare Beweis eines deutlich geringeren KFA für Magdeburg anzutreten wäre, wenig tauglich und selbst kostenträchtig zu sein. Es wird daher nunmehr empfohlen, die bundesweit als gängige Größe des KFA akzeptierten 12,6% zur Kenntnis zu nehmen und für 2008 zu beschließen.

Für Herrn Stadtrat Brüning ist das ganze schwer nachvollziehbar. Gibt es für die Stadt Magdeburg nun eine Entlastung oder eine höhere Belastung von Kosten.

Herr Fahlke machte deutlich, dass dieses ein Streitpunkt ist. Es gibt komplizierte Berechnungen und Modellrechnungen, die Frage ist bundesweit strittig.

Herr Stadtrat Westphal regt an, die Drucksache überhaupt nicht zu beschließen, müssen wir überhaupt beschließen, was passiert wenn wir nicht beschließen?

Herr Fahlke erinnerte daran, dass es einen Vertrag aus dem Jahr 2006 gibt, wo der städtische Anteil deutlich höher festgeschrieben wurde. Der Vertrag geht von 20 % und mehr aus. Wenn nicht beschlossen wird, haben wir die Bedingungen dieses Vertrages und dieses ist deutlich ungünstiger für die Stadt. Wenn kein Beschluss erfolgt, kann die ARGE sich auf diesen Vertrag berufen.

Herr Stadtrat Westphal fragte, welchen Einfluss als Stadtrat haben wir auf Kostensenkungen im Bereich der ARGE.

Herr Fahlke bezog die Frage in erster Linie auf die Personalkosten. Die Stadt ist mit aktuell 54 Beschäftigten beteiligt. Davon sind ein Teil befristete Beschäftigte. Die Situation im Personalbereich ist sehr prekär, dieses ist allgemein bekannt. Es gibt deshalb sehr wenig zu drehen, wo man noch Kosten einsparen könnte.

Herr Stadtrat Rink merkte an, dass es keine Verhandlungen sind, wenn man den kommunalen Finanzierungsanteil an den Gesamtverwaltungskosten der ARGE auf 12,6% einfach festlegt, ohne wirkliche Alternativen zu haben.

Herr Stadtrat Klein brachte ebenfalls seine Verwunderung über die Thematik zum Ausdruck. Zu fragen ist, welche Rolle spielten die kommunalen Verbände in dieser bundesweit relevanten Thematik und welchen Einfluss hatte die Legislative auf höherer Ebene (Bund) bei der Festlegung der Rahmenbedingungen. Sind dort nicht bereits Bedenken vorgebracht worden.

Herr Fahlke machte deutlich, dass er zur Legislative auf Bundesebene nichts sagen kann. Die Situation ist jedoch so, auch dort wo sich Kommunen gewehrt haben wie z. B. Helmstedt wurden letztlich die 12,6 % gezahlt. Der Anteil wird von den Kommunen bundesweit akzeptiert.

Herr Stadtrat Klein macht den Vorschlag vielleicht den Klageweg zu beschreiten, um den städtischen Anteil gerichtlich geklärt, zu verringern.

Herr Fahlke sieht den Klageweg als nicht Ziel führend an. Man kann nicht einschätzen wie ein solcher Weg ausgeht. Keiner kann sagen was letztlich dabei herauskommen würde.

Nach umfangreichen Fragestellungen, die nur verkürzt hier wiedergegeben werden konnten, wurde zur Drucksache wie folgt abgestimmt.

Ja: 4    Nein: 0    Enthaltungen: 1

Die Annahme der Drucksache 0054/08 wird empfohlen.

## 5.            Anträge

---

### 5.1.           Konsularische Beziehungen intensivieren und ausbauen Vorlage: A0075/08

---

Herr Stadtrat Klein erläuterte den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion. Die Landeshauptstadt Magdeburg besitzt nur zwei Konsulate (Malta und Bulgarien), dieses ist bedauerlich, da solche Einrichtungen einer Stadt nichts kosten.

In anderen Landeshauptstädten gibt es teilweise bis zu 20 Konsulate, die Stadt Magdeburg sollte hier deutlich besser aufgestellt werden. Für die wirtschaftlichen Kontakte sind Konsulate sehr wichtige Gesichtspunkte bzw. Anknüpfungspunkte.

Es ist positiv, dass der Oberbürgermeister dem Antrag folgt und die Beschlussfassung empfiehlt.

Herr Ruddies von der Verwaltung machte Ausführungen zur Stellungnahme. Der Antrag wird positiv gesehen und auch von Seiten der Verwaltung ist es das Ziel, die konsularischen Vertretungen in der Landeshauptstadt Magdeburg zu erhöhen. Der Antrag wird also unterstützt. Der entscheidende Punkt für die Errichtung eines Konsulates sind natürlich die Entsendeländer. Die einzelnen Länder entscheiden wo sie ein Konsulat errichten. Die neuen Bundesländer sind leider mit solchen Vertretungen nur sehr gering ausgestattet. Lediglich in Sachsen gibt es eine Reihe von konsularischen Vertretungen in nennenswerter Anzahl. Die konsularischen Vertretungen sind überwiegend auf ausländische Leute gerichtet die hier leben. Ziel kann es nur

sein solche Leute zu finden, die zeitlich und finanziell eine konsularische Vertretung leiten können. Magdeburg muss verstärkt als Standort für Konsulate und Honorarkonsulate angeboten werden.

Ja: 5    Nein: 0    Enthaltungen: 0

Der Antrag 0075/08 wird empfohlen.

5.1.1.        Konsularische Beziehungen intensivieren und ausbauen  
Vorlage: S0114/08

---

## 6.            Informationen

---

6.1.            "Kooperatives Jobcenter"  
Vorlage: I0111/08

---

Herr Fahlke erläuterte die vorliegende Information.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit haben einen „ersten Vorschlag“ zu einem „Kooperativen Jobcenter“ (KJC) vorgelegt und darin ihre Vorstellungen zur zukünftigen Zusammenarbeit der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit bei der Umsetzung des SGB II nach dem Urteil des BVerfG dargestellt. Es stellt ein Angebot dar, dass von den Kommunen auf freiwilliger Basis angenommen werden kann.

Das Eckpunktepapier zum KJC ist dabei ein „erster Vorschlag“. Zu viele Fragen sind offen und müssen konkretisiert werden. Es muss jedoch darauf ankommen, dass die lokalen und kommunalen Interessen, Verantwortlichkeiten und Potentiale nicht unter dem Dach des „Kooperativen Jobcenters“ als eines Geschäftsbereichs der örtlichen Agentur für Arbeit („getrennte Aufgabenwahrnehmung unter Leitung der BA“) verschwinden, während gleichzeitig die Kommune die politische und kommunale Mithaftung für eine von ihr nicht mitbestimmbare Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik sowie Geschäftsorganisation übernehmen müsste. Ziel einer zukünftigen Kooperation zwischen BA und Kommune muss eine kundenorientierte und effiziente Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung vor Ort sein, die von einer gleichrangigen Verantwortung der Partner ausgeht und den Interessen beider Leistungsträger gerecht wird.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer betonte, dass es sich bei der Information nur um einen Sachstand handelt, sobald es eine Veränderung oder neue Entwicklung geben wird, sollte der Ausschuss informiert werden.

Herr Fahlke ist ebenfalls dieser Auffassung und sicherte zu, bei entsprechender neuer Entwicklung in dem Bereich, den Ausschuss darüber zu informieren.

Die Information 0111/08 wurde zur Kenntnis genommen.

6.2. Änderungsantrag DS0400/07/2 - Entlastungsstraße Buckau  
Vorlage: I0110/08

---

Frau Welle vom Planungsamt führte in die Information ein. Es wurden die unterschiedlichen Trassen und Bauabschnitte mit der Hilfe von Planunterlagen erläutert. Es soll die Erschließung von Gewerbebetrieben verbessert und die Wohnbebauung beruhigt werden. Dieses ist die Zielstellung der gesamten Planung. Die städtebauliche Rahmenplanung und aufgestellte B-Pläne verfolgen ebenfalls diese Zielstellung.

Dargestellt wurden die Ergebnisse von Verkehrszählungen und Verkehrsaufkommen für die Straßen Schönebecker Chaussee, Ottersleber Chaussee und Gustav- Ricker-Straße.

Es folgte eine breite Diskussion zur vorliegenden Information, wobei folgendes Fazit gelten sollte, die Gewerbebetriebe müssen vernünftig verkehrlich angeschlossen werden, dieses ist die wichtigste Zielstellung. Die Anlieger der geplanten Trassen dürfen nicht beeinträchtigt werden. Einstimmig wurde festgelegt, die Beratung zur Information im Bauausschuss abzuwarten und mit dessen Ergebnis dann als RWB- Ausschuss einen Antrag zur Sache abzuleiten.

Das Thema sollte nochmals auf die nächste Tagesordnung genommen werden.

Die nächste Sitzung sollte wenn möglich beim Unternehmen SKL stattfinden, um vor dem Hintergrund der örtlichen Gegebenheiten diskutieren zu können.

Die Information 0110/08 wurde zur Kenntnis genommen.

6.3. Wirtschaftspolitische Leitlinien  
Vorlage: I0122/08

---

Herr Dr. Puchta erläuterte die Information und stellte die Schwerpunkte bis zum Ende der Förderperiode 2013 vor. Dieses ist ein noch sehr wichtiger Zeitraum, da bis 2013 die jetzigen Fördermöglichkeiten gelten.

Herr Stadtrat Brüning merkt an, dass die Information auch die Arbeit des Ausschusses wieder spiegelt. Vor allem der Weitblick bis 2014 ist sehr gut. Vermisst werden jedoch Aussagen zum angedachten Cluster Ernährungswirtschaft. Die Ernährungswirtschaft bietet Chancen für die Stadt, hierzu sollten noch Hinweise erfolgen. Sind die langfristigen Strategien des Landes mit berücksichtigt worden bei der Erarbeitung. Was ist mit der SKET- Branche wie geht es hier weiter. Dieses sind Punkte die in dem vorliegenden Papier noch Berücksichtigung finden sollten.

Herr Stadtrat Czogalla machte darauf aufmerksam, dass das Gewerbegebiet Barleber Grund an der A2 noch nicht beschlossen ist. Ferner wurde die Frage nach der verkehrlichen Erschließung der Sudenburger Wuhne gestellt.

Herr Dr. Puchta informierte, dass der Barleber Grund als Gewerbegebiet bereits im F-Plan ausgewiesen ist. Er soll als Gewerbegebiet entwickelt werden.

Die SKET-Branche nehmen Unternehmen nur sehr schwer an. Die Wohnbebauung in der Nachbarschaft oder die logistische Anbindung sind nicht optimal. Unternehmen wollen lieber an die Autobahn, hier werden Flächen mehr nachgefragt.

Die verkehrliche Erschließung der Sudenburger Wuhne ist für Schwerlastverkehre nicht ausgelegt, es gibt Probleme, FAM benötigt den Ausbau.

Im Weiteren wurden zahlreiche Fragen gestellt wobei hier nur einige beispielhaft wiedergegeben sind.

Herr Stadtrat Stage wollte wissen, bei den umfangreichen Call Center Jobs in Magdeburg wie viele sind Aushilfsjobs in dem Bereich.

Herr Stadtrat Czogalla fragte nach der Zusammenarbeit Hafen Magdeburg und die angestrebte Anbindung an die Seehäfen (Hamburg), wann ist es endlich soweit. Wir hören schon seit Jahren, dass dieses erfolgen soll.

Herr Kraatz merkt an, dass die Unternehmensgründungen unterdurchschnittlich sind in Magdeburg. Warum ist die Eigenkapitalquote geringer als im landesweiten Vergleich.

Herr Stadtrat Klein unterstreicht, dass aus seiner Sicht die vorliegende Information eine solide Grundlage ist, man sollte mutig in die Zukunft schauen. Zum Punkt internationale Zusammenarbeit und Wirtschaftspartnerschaften werden jedoch Aussagen bzw. Schwerpunkte vermisst.

Wie ist die Wirtschaftsförderung bei der Fördermittelberatung aufgestellt, hierzu fehlen Aussagen.

Herr Stadtrat Westphal wirft ein, dass in der Information wenig Neues steht. Die Inhalte sind teilweise schon seit Jahren bekannt. Etwas wirklich Neues wird vermisst.

Herr Dr. Puchta ging umfassend auf die zahlreichen Fragen ein. Im Folgenden sind die wichtigsten Aussagen wiedergegeben.

Die Call Centerbranche ist ein wichtiger Wirtschaftsbereich für die Stadt. Die Arbeitsplätze sollten nicht negativ in eine Ecke gestellt werden. In den nächsten Wochen wird es einen Tag des Call Centers geben, dabei wird Interessierten ein Einblick in die Tätigkeiten aufgezeigt. An der Vorbereitung ist auch die Wirtschaftsförderung mit beteiligt.

Zur Hafenentwicklung ist anzumerken, dass die seit langen geplante Zusammenarbeit mit dem Hamburger Hafen jetzt durch einen Kooperationsvertrag festgeschrieben wird.

Bei Existenzgründern ist es leider so, dass gegenüber den alten Bundesländern deren finanzielle Basis schwieriger ist. Dieses gilt aber für die neuen Bundesländern generell.

Bei den Fördermöglichkeiten ist es so, dass bis 2013 noch möglichst viele Fördermittel abgerufen werden sollten. Durch die künftige Teilnahme an der URBAC Förderung ist Magdeburg noch relativ gut aufgestellt.

Die internationalen Kontakte des Dezernates belaufen sich auf 60-70 im Jahr. Mit diesen Kontakten geraten wir als Gemeinde an die Grenzen dessen was möglich ist.

Die Information 0122/08 wurde zur Kenntnis genommen.

## 7. Verschiedenes

---

Herr Stadtrat Klein äußerte heftige Kritik und sein größtes Unverständnis über den Umstand, dass zur heutigen Sitzung nicht wie bereits seit 2 Sitzungen gefordert, entsprechende Aussagen zur Sondernutzungssatzung Luftraumbühre Ansteckerproblematik vorliegen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die letzte Niederschrift, wo es eindeutige Festlegungen hierzu gab.



Das Frau König vom Tiefbauamt sich nur auf die bekannte Stellungnahme zum Antrag 0066/08 bezieht, kann vor dem Hintergrund der bereits geführten breiten Diskussion nicht gelten. Die nicht ausreichende Stellungnahme kann nicht das Markenzeichen sein, was in der Sache verlangt wird. Wenn keine kompetenten aussagefähigen Leute in die Ausschüsse gesendet werden ist dieses nicht nur bedauerlich, sondern auch ein Zeichen der Kultur, wie man mit dem Ausschuss umgeht.

Herr Stadtrat Westphal unterstützte die Kritik, der Fall Sondernutzung ist leider kein Einzelfall, die Protokolle sind voll von ähnlichen Fällen. Die Beschlüsse werden einfach nicht entsprechend umgesetzt.

Herr Kraatz erinnert daran, dass man sich mit dem Thema im Ausschuss bereits schon dreimal beschäftigt hat. Es gibt in der Verwaltung einfach nicht den Willen, sich hiermit auseinanderzusetzen. Dieses wird über deutlich.

Herr Stadtrat Brüning merkt an, dass jeder Beschluss des Stadtrates seine Folgen hat. Die Sondergebührensatzung hat nun mal die Folge mit der Luftgebühr. Dieses wurde von Frau König dargelegt. Bei vielen Beschlüssen wird nicht nach dem Aufwand gefragt, er spielt bei vielen Dingen nur eine untergeordnete Rolle.

Herr Stadtrat Westphal entgegnete, dass die Stadträte häufig nicht ausreichende Informationen erhalten, welche Konsequenzen ein entsprechender Beschluss haben kann.

Herr Dr. Puchta machte deutlich, dass bei der Luftraumgebühr keiner richtig erkannt hatte, welche Auswirkungen es geben könnte. Dieses wurde erst durch Presseartikel deutlich. Insgesamt gilt jedoch, dass die Verwaltung kompetente Leute in die Ausschüsse sendet und pauschale Kritik in der Sache nicht angebracht ist. Diese sollte zurückgenommen werden.

Am Ende einer heftigen Diskussion zu dem Thema legte Herr Stadtrat Dr. Zimmer fest, dass der RWB- Ausschuss einen Brief an den Beigeordneten VI, Herrn Marx schreiben wird. Wo die Thematik nochmals dargelegt wird und durch Herrn Marx entsprechend eine Absicherung der geforderten Aussagen erfolgen soll. Die Thematik wird vom Ausschuss weiter verfolgt.

Herr Stadtrat Klein sprach unter dem Tagesordnungspunkt noch die Themen Bahnanbindung DB an die Landeshauptstadt Magdeburg an und kritisierte, dass es mit den Bahnverbindungen in die Stadt Magdeburg immer schlechter wird. Zu dem Thema sollte ein Ansprechpartner der DB in den Ausschuss eingeladen werden. Als weitere Anregung wurde daran erinnert, dass der Ausschuss auch mal wieder in Betriebe geht, wie dieses in den Jahren zuvor bereits häufiger der Fall war.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer machte den Vorschlag, vielleicht einmal eine Sitzung im Hafen zu machen. Für die nächste Sitzung wird erstmal versucht, bei SKL einen Termin zu bekommen.

Herr Stadtrat Brüning berichtete vom Treffen bei der AQB, die hier im Ausschuss bereits behandelte Thematik Fortschreibung der Arbeitsmarktstrategien wurde umfassend beraten. Es werden zur Strategie weitere Formulierungsvorschläge von den Fraktionen erwartet.

Herr Dr. Puchta berichtete, zur geplanten „Langen Nacht der Wissenschaft“, die am 31.05.2008 stattfinden soll.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Gerd Zimmer  
Vorsitzende/r

Norbert Haseler  
Schriftführer/in